Landespolizeidirektion
Steiermark

Information zu der Verarbeitung „Einsatzleit- und Kommunikationssystems der Landespolizeidirektion Steiermark“ gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie § 43 Datenschutzgesetz (DSG)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Steiermark
Straßganger Straße 280, 8052 Graz
Telefon: +43 59133 60-0
Fax: +43 59133 60-7800
E-Mail: LPD-st@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter der Landespolizeidirektionen
Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Für die Administration von Notrufen (§§ 5 Abs. 7, 92a Sicherheitspolizeigesetz) sowie für die Unterstützung bei der Koordination von Einsätzen sind der Bundesminister für Inneres und die Landespolizeidirektionen als gemeinsam Verantwortliche ermächtigt, Daten über Personen sowie Sachen und Gebäude gemeinsam zu verarbeiten.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§ 58e iVm. §§ 5 Abs. 7, 13a Abs. 1, 14 Abs. 3 und 92a Sicherheitspolizeigesetz, § 8 PolKG,

Art. 6 DSGVO; § 280 BDG, § 93 Abs. 3 und § 98 Telekommunikationsgesetz 2003

eCall: Richtlinie 2010/40/EU, Delegierte Verordnung (EU) 305/2013, Beschluss 585/2014/EU auf Basis der VO 305/2013

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die gemäß § 93 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz 2003 im Rahmen der Entgegennahme von Notrufen aufgezeichneten Gespräche werden nach drei Monaten, die übrigen Daten nach Beendigung und Evaluierung des Einsatzes, längstens jedoch nach 18 Monaten gelöscht.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Sicherheitsbehörden zum Zwecke der Sicherheitsverwaltung und Strafrechtspflege

Ordentliche Gerichte zum Zwecke der Strafrechtspflege

Staatsanwaltschaften zum Zwecke der Strafrechtspflege

Sonstige Notrufdienste

Sonstige Stellen, soweit dies zur Abwehr einer Gefahr, zur Hilfeleistung oder für die Verrechnung erforderlich ist

Bundesminister für Inneres

Sicherheitsbehörden von Drittstaaten (CH) zum Zwecke der Sicherheitsverwaltung und Strafrechtspflege

Rechte der betroffenen Person:

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich des § 36 Abs. 1 DSG:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 Datenschutzgesetz.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 Datenschutzgesetz.

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung. personenbezogener Daten besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Ein Beschwerderecht bei der Österreichischen Datenschutzbehörde besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 Datenschutzgesetz.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO.

Das Widerspruchsrecht nach Maßgabe gemäß Art. 21 DSGVO.